

## Armes Deutschland

Die gegenwärtige Situation des erodierenden deutschen Staates wird in den folgenden Kommentaren treffend beschrieben, die ich aus gegebenem Anlass in meine Webseite stelle: Am Tag des zweiten Kommentars wurde einer meiner beiden Söhne auf dem Savignyplatz in Berlin von drei Ausländern mit Waffengewalt überfallen und ausgeraubt. Dazu dann der tröstliche Kommentar von Polizei und LKA: „Da sind Sie heute nicht der einzige!“

*(Hinweis: Markierungen in den folgenden Kommentaren nicht im Original)*

### Kommentar 1:

#### Gute Nacht, Aufschwung - Deutschland versinkt in Anarchie

So langsam bricht sich ein Skandal durch die Medien, der sich bereits in der Neujahrsnacht ereignet hatte. Etwa 1000 Männer mutmaßlich nordafrikanischer Herkunft (Marokko, Tunesien, Algerien - eigentlich alles sichere Herkunftsländer) haben in der Silvesternacht in Köln offenbar systematisch und massiv Frauen sexuell belästigt, ausgeraubt und vergewaltigt.

Mitten in Deutschland auf einem öffentlichen Platz. Medienberichten zufolge verweigerte die deutsche Polizei in einigen Fällen die Hilfeleistung, blieb zu lange untätig, war mit der schieren Masse der Straftäter überfordert (130 Beamte gegen 1000 Straftäter).

Und die Medien schwiegen das Ganze mehrere Tage lang tot, bis die Sache über andere Kanäle (Social Media, Focus, Kölner Express) publik wurde. Der Willkommensrundfunk berichtete am Dienstag in einem Kurzbeitrag erstmals über die Sache. Ähnliche Vorfälle ereigneten sich auch in Hamburg und Stuttgart. Frauenrechtlerin Alice Schwarzer spricht zu Recht von Terror. Terror und Flüchtlinge sind aber ein Zusammenhang, dessen Existenz man in der Bundesregierung vehement verneint.

Nicht weniger erschütternd war eine Meldung der französischen Nachrichtenagentur AFP, die ebenfalls im Jahreswechsel untergegangen ist:

In Istanbul seien acht mutmaßliche IS-Terroristen verhaftet worden, die als Flüchtlinge getarnt, nach Deutschland einreisen wollten. Diese Meldung schaffte es nur auf die Webseiten der großen Zeitungen, doch nicht ins Willkommensfernsehen, das tunlichst jeden Zusammenhang von Terror und Flüchtlingen vermeiden möchte.

Was sagt uns das? **Unser Land verfällt immer mehr in Anarchie und Chaos, die innere Sicherheit ist nicht mehr gewährleistet, auf Hilfe von Polizei oder Politik können Sie sich nicht verlassen.** Momentan ist das Geschrei nach Aufklärung von Seiten der Politik zwar groß, weil öffentlicher Druck vorhanden ist. Wir werden sehen, wie viele der Täter tatsächlich vor Gericht landen werden und welche Strafen diese dann erwarten. Gerade Politschwätzer sind immer an ihren Taten zu messen. Alles andere verwirrt nur unnötig. Wenn schon die Opfer nicht genau sagen können, wer aus der Menge tatsächlich für die Übergriffe verantwortlich war, wird die Polizei kaum eine Chance bei ihren Ermittlungen haben. Selbst wenn man jetzt an dieser einen Stelle ausnahmsweise mal auf Abschreckung und harte Strafverfolgung setzen würde: Die Probleme liegen ganz woanders.

Eine Kanzlerin, die europäische Verträge (Dublin-Abkommen), deutsches Grundgesetz und Asylrecht (kein Asylstatus für Einreisende aus europäischen Nachbarländern) bricht, um nur ja eine effektive Sicherung der deutschen Grenzen (eine ihrer Grundaufgaben) zu hintertreiben, die muss sich nun wirklich nicht wundern, wenn auch Kriminelle die Gunst der Stunde zur unerkannten Einreise nutzen und dann eine "ganz neue Qualität der Kriminalität" verüben (Zitat Kölner Polizeichef). Innenminister de Maizières Hauptsorge scheint zu sein, dass wegen der Vorfälle alle Flüchtlinge unter Generalverdacht geraten. Was in der Tat äußerst bedauerlich wäre. Doch es wäre seine Aufgabe, gerade solche kriminellen Auswüchse zu verhindern anstatt diese zu relativieren oder unter den Teppich zu kehren.

Er hätte beispielsweise die Polizeikräfte im Inland aufstocken müssen, da mehr Menschen bekanntlich auch mehr Probleme mit sich bringen. Stattdessen ließ er eine Studie verfassen, in der es heißt, "die Flüchtlinge" seien nicht weniger kriminell als alle anderen Bürger.

Auf Nachfrage zur Einsicht in diese Studie, die im krassen Widerspruch zu früheren Studien steht, die eine vier- bis neunfache Kriminalitätsrate bei Einwanderern zum Ergebnis haben (Pass- und Einreisevergehen schon raus gerechnet), hieß es aus dem Bundesinnenministerium, das Werk sei nur für interne Zwecke bestimmt. Alles klar. Beruhigungsspiel für Doofe.

Um jetzt noch den Bogen zu Börse und Wirtschaft zu schlagen: Was glauben Sie, wird passieren, wenn sich diese Gefühle von Ohnmacht, Angst und Fremdsein im eigenen Land in der Bevölkerung weiter ausbreitet, weil der Staat aus Gründen einer lieb gewonnenen Propagandalinie seine ureigensten Aufgaben wie Schutz der Außengrenzen und Gewährleistung der inneren Sicherheit nicht mehr wahrnimmt? Die Menschen werden sich (wie bereits in Schweden geschehen) zunehmend selbst organisieren.

Private Sicherheitsdienste in den betuchteren Vierteln und bewaffnete Bürgerwehren in den weniger begüterten Schichten werden zumindest versuchen, das Manko der bereits entstandenen, rechtsfreien Räume wieder ein Stück weit auszugleichen. Doch das wird noch das kleinste Problem sein. Schlimmstenfalls wird damit der Grundstein für einen echten Bürgerkrieg gelegt. **Merkel hat mit ihren Rechtsbrüchen die Erosion des Rechtsstaates eingeleitet. Wird dieser Prozess nicht gestoppt, werden die Folgen verheerend sein.**

Die Leute decken sich mit Pfeffersprays, Waffen, Einbruchschutz ein, ziehen Zäune hoch. Das alles ist teuer. Sicherheitsfirmen mögen eine kleine Sonderkonjunktur bekommen. Doch an anderer Stelle wird gespart werden. Der Shopping- oder Restaurantbesuch in der Innenstadt wird unterlassen, weil er zu gefährlich geworden ist. Größere Anschaffungen unterbleiben, weil die Unsicherheit über die eigene Zukunft auf die Konsumneigung drückt. Der Exitus für den nur noch rein vom Binnenkonsum getriebenen Aufschwung in Deutschland, dessen Exporte wegen des weltweiten Abschwunges bereits wegbrechen. Von den zu erwartenden Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen, um die Kosten der Einwanderungswelle auf die eingesessene Bevölkerung abzuwälzen, einmal ganz zu schweigen.

*Quelle: Henrik Voigt in DAX Daily vom Mittwoch, 6. Januar 2016)*

## **Kommentar 2:**

### **Beruhigungspillen von Merkel**

#### **Der Umgang der Politik mit den Vorfällen an Silvester ist ein Trauerspiel**

Man liest es einmal, zur Vorsicht ein zweites Mal, tatsächlich fehlt sie: Die Forderung nach dem Einsatz der Bundeswehr im Innern. Hätte noch gefehlt. Ansonsten fährt die CDU - nach Köln - im "Mainzer Beschluss" das ganze Arsenal auf: Harte Strafen, "auf dem Fuße", Schleierfahndung, mehr Polizisten, Videokontrollen. Beruhigungspillen.

Die CDU ist keine Oppositionspartei. Sie regiert das Land im zehnten Jahr in Folge, stellt Kanzlerin und Innenminister. Ihre Regierung hätte vor Köln vieles vorantreiben können, was nun drängt. Vor allem trägt sie die Verantwortung für den größten Kontrollverlust des Staates mit der Öffnung der Grenzen.

Fakt ist: Die Landespolizei stellte für Silvester doppelt so viele Beamte ab wie vor einem Jahr. Kölns Hauptbahnhof ist überdies einer von drei Hotspots der Bundespolizei. **Mit Sündenböcken, Schuldzuweisungen und Schnellschüssen wird die Politik nicht weit kommen.**

Nicht voreilig ist der Blick auf die Parteien, vornehmlich auf die CDU, weil von der SPD keine nennenswerten Impulse in der inneren Sicherheit kommen und weil das Thema als Kernkompetenz der Konservativen gilt. Ihr Verlust erklärt, warum Angela Merkel Härte predigt und warum ihr Innenminister mit Ablenkungsmanövern auffällig wird.

Es war viel vom Versagen der Polizei die Rede. Das Bild, das die Politik in dieser Woche bot, war nicht besser. Es begann kabarettreif mit dem Rat der Kölner Oberbürgermeisterin an Frauen, zu Fremden auf Armlänge Abstand zu halten. Es ging weiter mit der Kritik von Innenminister Thomas de Maiziere an der Polizei in Köln. Die Schelte zu einem Zeitpunkt, wo der Sachverhalt noch nicht aufgeklärt war, ist eine mediale Bückware, die nicht zu ihm passt und die sich rächen könnte, weil für die Sicherheit an den Bahnhöfen die Bundespolizei da ist. Für sie, in Wahrheit: für sich selbst, betrieb de Maiziere gerade penetrant Werbung, als er auf zusätzliche 3000 Stellen aufmerksam machte. Diese Beamten müssen aber erst eingestellt und ausgebildet werden. Sie bringen für die nächsten zwei, zweieinhalb Jahre kein Mehr an Sicherheit. De Maiziere ist schon zum zweitem Mal Innenminister, genauso lange die Bundespolizei eine überdehnte Behörde, die für die Sicherheit beim Fußball sorgen muss, Internetkriminalität bekämpft, im Anti-Terror-Kampf gefragt ist, bei der Grenzkontrolle, bei der Registrierung und Abschiebung von Flüchtlingen.

Notwendig wäre jetzt, dass die Innenminister von Bund und Ländern ein Programm "Innere Sicherheit" vorlegen, wozu eine seriöse Analyse von "Köln", womöglich auch eine neue Prioritätensetzung, auf jeden Fall eine Aufgabenkritik gehört. Man muss die Polizei von Aufgaben entlasten, die andere ihr abnehmen könnten, von der Begleitung von Schwerlasttransporten etwa.

Man kann sich erklären, warum sich Flüchtlinge in Köln daneben benehmen; viele Faktoren kommen unglücklich zusammen. Es wird aber auch nichts besser, sollten die Täter länger in Deutschland leben. **Das Versagen der Integration wird nur noch auffälliger.**

Die Vorgänge in Köln haben schlagartig eine Überforderung deutlich macht. **Die Folge wird ein Vertrauensverlust in die Politik sein.** Es wird Zeit, die richtigen Signale zu setzen: Strikte Abschiebungen, zumal von Straftätern, Schließung der Grenzen, weil die europäischen Nachbarn sich ansonsten weiter klein machen werden - nicht zuletzt, weil die Symptome der Überforderung unübersehbar sind. Asylanträge werden nicht schnell genug erledigt, die Integration verläuft schleppend, die Kommunen haben Probleme, die Sicherheitslage wird nicht einfacher, Verunsicherung greift um sich. Köln ist ein Omen.

**Realitätsverlust ist der Anfang von schlechter Politik.** Die Krise hat mit einer falschen Einschätzung der Flüchtlingsströme, der europäischen Solidarität und der Folgeprobleme begonnen. "Wir schaffen das" - das war ein großes Wort, gelassen ausgesprochen. Nun muss Merkel nicht die Gnadenlose machen, aber sich ehrlich machen.

*Quelle: Leitartikel von Miguel Sanches in der Berliner Morgenpost vom 9. Januar 2016*

### **Kleiner Auszug aus Kommentar 3: Mehr Rückhalt für die Polizei Warum Beamte Respekt verdienen**

... Wer steckt Streifenbeamte in Bonsai-Autos, die bei 2 Grad minus nicht anspringen? Und wer will jetzt alle Schuld bei denen abladen, die sich bespucken, beleidigen und verlachen lassen müssen? **Die Politik.**

Demokratie braucht Menschen, die sie verteidigen. Nicht Schlauberger im TV-Talk sichern den Rechtsstaat, sondern Frauen und Männer da draußen im Ungemütlichen. Respekt, bessere Ausrüstung und guter Lohn würden helfen. Vor allem aber brauchen Polizisten Sicherheit; die Sicherheit, dass der Staat, den sie verteidigen sollen, loyal hinter ihnen steht.

*Quelle: Schumachers Woche in der Berliner Morgenpost vom 10. Januar 2016*

### **Eigener Kommentar:**

#### **Zwei interessante Zahlenverhältnisse und eine Frage**

**Einerseits** eine große Anzahl unfähiger und nur auf den eigenen Vorteil und ihre Wiederwahl bedachter Politiker, die keine Ahnung von der Realität des Lebens vom sogenannten "kleinen Mann" haben gegenüber einer kleineren Anzahl tatsächlich auf das Wohl des Volkes bedachter Politiker, die ehrlich bemüht sind, sich dem Inhalt ihres Eides entsprechend zu verhalten.

**Andererseits** eine große Anzahl von Ausländern, die unsere Hilfe verdienen, dafür dankbar sind und sich bei uns integrieren wollen gegenüber einer kleineren Anzahl von Ausländern, die kriminell sind und aus unserem Land um jeden Preis entfernt werden müssten, was vom unfähigen Teil der Politiker verhindert wird.

**Frage:** Wie wäre es, wenn die eingenommenen Steuern endlich einmal passend zum Inhalt des Politiker-Eides verwendet würden? Dieser beginnt „Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, ...“

*(Quelle: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Artikel 56)*

### **Dazu passt übrigens mein Leserbrief, der in der Berliner Morgenpost im August 2014 veröffentlicht wurde in der Rubrik**

**„Service im Bürgeramt ist schlecht“ - Leser zur Weigerung von Finanzsenator Ulrich Nußbaum, den Bezirken mehr Personal zu genehmigen**

Die Weigerung des Finanzsenators, die schlechte Personaldecke der Bezirke zu verbessern, ist wohl nur dadurch zu erklären, dass er selbst nicht davon betroffen ist.

Seit zwei Wochen versuche ich vergeblich, online einen Termin beim Bürgeramt Zehlendorf zu vereinbaren. Beim Anruf unter der Berlin-Hotline 115 erklärte mir eine freundliche Dame, dass Zehlendorf-Steglitz wegen Personalmangel nicht einmal die Online-Terminvergabe in den Griff bekommt, und ich müsste eben Geduld haben und es immer wieder versuchen.

Es ist wirklich bedauerlich und unverständlich, dass die zurzeit guten Steuereinnahmen zu allem möglichen verwendet werden, nur nicht zum Erhalt der Infrastruktur und für einen annehmbaren Bürgerservice. Wozu dann in Deutschland bleiben, einen schlechten Service erhält man auch im Ausland.

**Helmut Goersch**, per E-Mail